



**Verfahrensordnung für die Streitschlichtung nach § 77 des  
Telekommunikationsgesetzes vom 23.06.2021 TKG  
zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 23.07.2021 (BGBl. I Nr. 40)**

**Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften**

**§ 1 Anwendungsbereich**

- (1) Die durch die Bestimmungen der §§ 75 und 76 TKG Berechtigten und Verpflichteten (nachstehend Parteien genannt) können zur Beilegung ungelöster Streitfragen in Bezug auf die Anwendung dieser Vorschriften gemeinsam die Schlichtungsstelle anrufen.
- (2) Die nachstehenden Vorschriften gelten für alle Schlichtungsverfahren gemäß § 77 TKG.

**§ 2 Zuständigkeit, Verfahren**

- (1) Örtlich und sachlich zuständig für das Schlichtungsverfahren ist die bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (nachstehend Bundesnetzagentur genannt) gebildete Schlichtungsstelle nach § 77 TKG.
- (2) Die zuständige Stelle nach Landesrecht ist die jeweils nach Medienstaatsvertrag zuständige Landesmedienanstalt. Die Medienanstalten benennen die Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten als zentrale Ansprechpartnerin in diesem Verfahren. Die Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten kann die nach Landesrecht zugewiesenen Aufgaben mit ausdrücklicher Zustimmung der zuständigen Landesmedienanstalt wahrnehmen.
- (3) Die Schlichtungsstelle führt das Schlichtungsverfahren unter Beteiligung der nach Landesrecht zuständigen Stelle als zusammengefasstes Verfahren durch.
- (4) Im Rahmen des Schlichtungsverfahrens kann eine gemeinsame mündliche Anhörung der Parteien durchgeführt werden.
- (5) Die Parteien, die Schlichtungsstelle, die zuständige Landesmedienanstalt und die Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten haben dafür Sorge zu tragen, dass Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Parteien während des Schlichtungsverfahrens und nach dessen Abschluss gewahrt bleiben.

### **§ 3 Besetzung der Schlichtungsstelle**

- (1) Die Schlichtungsstelle entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Die Schlichtungsstelle wird mit Beschäftigten der Bundesnetzagentur besetzt, wobei der Vorsitzende und einer der Beisitzer die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes erworben haben müssen. Entscheidungen der Schlichtungsstelle erfolgen mit Stimmenmehrheit.
- (2) Für jedes Mitglied der Schlichtungsstelle ist ein Vertreter zu benennen.
- (3) Im Falle einer Verhinderung des Vorsitzenden und seines Vertreters übernimmt der ranghöchste Beisitzer den Vorsitz. Ist ein Beisitzer und dessen Vertreter verhindert, tritt an dessen Stelle der nächste ranghöchste Vertreter.

### **Zweiter Abschnitt: Anrufung der Schlichtungsstelle**

#### **§ 4 Antragsbefugnis**

Der gemeinsame Antrag der Parteien ist nur zulässig, wenn kein Gerichtsverfahren mit demselben Streitgegenstand rechtshängig ist, kein Schlichtungsverfahren mit demselben Streitgegenstand durchgeführt wurde oder wird und vor Antragstellung der Versuch einer Einigung von den Parteien unternommen wurde.

#### **§ 5 Allgemeine Verfahrensregeln**

- (1) Die Parteien sind gleich zu behandeln. Beiden Parteien ist rechtliches Gehör zu gewähren. Die Parteien können sich im Schlichtungsverfahren vertreten und durch einen Beistand unterstützen lassen.
- (2) Schriftsätze, Schriftstücke und sonstige Mitteilungen sind bei der Schlichtungsstelle in vierfacher Ausfertigung einzureichen.
- (3) Bis zum Abschluss des Verfahrens kann jede Partei durch die einseitige Rücknahme des Antrags das Schlichtungsverfahren beenden.
- (4) Die nach § 77 Abs. 1 TKG vorgegebene Frist von höchstens zwei Monaten für die Entscheidung der Schlichtungsstelle kann mit Zustimmung der Parteien und der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Medienanstalten verlängert werden.

#### **§ 6 Verfahrenseinleitung**

- (1) Die Schlichtungsstelle leitet das Verfahren mit Vorliegen des vollständigen gemeinsamen Antrags der Parteien ein. Der Antrag ist schriftlich in vierfacher Ausfertigung einzureichen.
- (2) Der schriftliche Antrag muss enthalten:
  1. die Parteien und das Antragsziel,
  - und

. . .

2. einen Nachweis, aus dem sich der dem Antrag vorausgegangene Versuch einer Einigung ergibt.
- (3) Entspricht der Antrag nicht den Anforderungen nach Abs. 2, fordert die Schlichtungsstelle die Parteien schriftlich dazu auf, innerhalb einer angemessenen Frist nach Zugang des Schreibens, die zwei Wochen nicht überschreiten soll, den Antrag gemeinsam zu ergänzen. Die Frist kann auf Antrag verlängert werden. Erfolgt die gemeinsame Antragsergänzung nicht fristgemäß, gilt der Antrag als zurückgenommen.
- (4) Beide Parteien sollen in Ergänzung zum gemeinsamen Antrag eine alle wesentlichen Tatsachen und Dokumente umfassende Darstellung des dem Streitgegenstand zugrundeliegenden Sachverhalts abgeben. Das kann auch getrennt erfolgen.

### **Dritter Abschnitt: Verfahrensablauf bis zur Entscheidung**

#### **§ 7 Mündliche Anhörung**

- (1) Zur Klärung des Streitgegenstands kann die Schlichtungsstelle nach Prüfung des Antrags durch die Schlichtungsstelle und die Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten eine mündliche Anhörung der Parteien durchführen. Der Termin für diese mündliche Anhörung ist den Parteien mindestens 2 Wochen vor der Anhörung bekannt zu geben.
- (2) Zur Vorbereitung der mündlichen Anhörung kann die Schlichtungsstelle beide Parteien schriftlich zu ergänzenden Auskünften sowie zur Vorlage von Unterlagen auffordern. Die Aufforderung ist mit einer Fristsetzung zu verbinden, die in der Regel zwei Wochen nicht überschreiten soll. Bei der Aufforderung hat die Schlichtungsstelle den Auskunftsbedarf der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Medienanstalten mit zu berücksichtigen. Die Frist kann auf Antrag verlängert werden. Werden die Auskünfte nicht fristgerecht erteilt oder Dokumente nicht fristgerecht vorgelegt, findet § 8 Abs. 3 entsprechend Anwendung, ohne dass es einer nochmaligen Fristsetzung bedarf.
- (3) Die Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten ist an der mündlichen Anhörung der Parteien zu beteiligen.

#### **§ 8 Verfahrensbeendigung**

- (1) Die Schlichtungsstelle entwirft einen Einigungsvorschlag. Soweit dieser Entwurf des Einigungsvorschlags die Zuständigkeit der zu beteiligenden zuständigen Stelle nach Landesrecht berührt, ist mit dieser Einvernehmen herzustellen. Der Entwurf des Einigungsvorschlags ist schriftlich abzufassen. Der Entwurf des Einigungsvorschlags bedarf einer Begründung. Der Entwurf des Einigungsvorschlags ist den Parteien mit der Aufforderung zuzusenden, sich innerhalb einer Frist von längstens zwei Wochen zu dem Entwurf des Einigungsvorschlags zu äußern. Die Frist kann auf Antrag verlängert werden.

. . .

- (2) Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Parteien zu dem Entwurf des Einigungsvorschlags unterbreitet die Schlichtungsstelle den Einigungsvorschlag. Soweit der Einigungsvorschlag die Zuständigkeit der zu beteiligenden zuständigen Stelle nach Landesrecht berührt, ist mit dieser Einvernehmen herzustellen. Der Einigungsvorschlag ist schriftlich abzufassen und von den Mitgliedern der Schlichtungsstelle zu unterschreiben. Die Unterschrift von zwei Mitgliedern der Schlichtungsstelle reicht aus, wenn ein Mitglied an der Unterschrift gehindert ist und der Grund für die fehlende Unterschrift angegeben wird. Der Einigungsvorschlag bedarf einer Begründung. Der Einigungsvorschlag ist den Parteien mit der Aufforderung zuzusenden, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu dem Einigungsvorschlag zu äußern. Die Frist ist in der Regel mit zwei Wochen zu.
- (3) Findet der Einigungsvorschlag nicht die Zustimmung der Parteien oder reagiert eine der Parteien trotz nochmaliger Fristsetzung nicht auf die Aufforderung zur Stellungnahme zum Einigungsvorschlag, endet das Verfahren mit der Feststellung, dass keine Einigung im Rahmen des Schlichtungsverfahrens erzielt werden konnte und die Schlichtung gescheitert ist.
- (4) Das Ende des Verfahrens nach Abs. 3 ist den Parteien von der Schlichtungsstelle schriftlich mitzuteilen.

## **§ 9 Verfahrensbeendigung in sonstigen Fällen**

- (1) Die Schlichtungsstelle erklärt die Schlichtung für gescheitert, wenn vor der Verfahrensbeendigung nach § 8 die Parteien ihren Antrag gemeinsam zurücknehmen oder eine Partei den Antrag einseitig zurücknimmt. Die Erklärung der Schlichtungsstelle ist den Parteien schriftlich mitzuteilen.
- (2) Eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist nicht möglich.

## **Vierter Abschnitt: Schlussvorschriften**

### **§ 10 Zustellungsvermutung**

Schriftstücke gelten mit dem dritten des auf die Aufgabe zur Post folgenden Werktages als zugestellt. Die Vermutung ist widerleglich.

### **§ 11 Anwendbare Vorschriften der ZPO**

Soweit die Vorschriften dieser Verfahrensordnung keine Regelungen treffen, sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung, insbesondere über die Ladung gemäß §§ 214 ff. ZPO, über die Zustellung gemäß §§ 166 ff. ZPO und über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß §§ 234, 236 bis 238 ZPO im Sinne des Schlichtungsverfahrens entsprechend anzuwenden.

### **§ 12 Inkrafttreten**

Die Verfahrensordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur in Kraft.